

# ANTRAG

*Beschluss der BAG Frieden & Internationales auf der Tagung vom 22. September 2024*

*Antragsteller\*in: Sava Stomporowski, Götz Witzel, Imke Kügele, Jakob Lindenthal, Jan Schollmeier, Alex Rohde, Andreas Meinicke, Hans Guttenthaler, Norman Boehm, Winfried Nachtwei, Jasmina Perske, Michael Krüger, Olaf Claus, Esther Joy Dohmen, Jörn Jakschik, Kristóf Gosztonyi*

*Tagesordnungspunkt: TOP 2 Antragsberatungen*

## **A1NEU2: Rüstungsindustrie an sicherheitspolitische Aufgaben und Herausforderungen anpassen**

### **Antragstext**

1 Grüne Außen- und Sicherheitspolitik will Frieden und Freiheit und eine auf  
2 völkerrechtlichen bzw. rechtstaatlichen Prinzipien basierende Ordnung. Unser  
3 Friedensbegriff ist weiter gefasst als eine reine militärische Verteidigung.  
4 Unser Friedensbegriff umfasst die rechtzeitige und insbesondere auch zivile  
5 Krisenprävention und die Unterstützung von Ländern, die aufgrund von Armut,  
6 Klimawandel oder autokratischen Systemen keine Sicherheit erfahren. Seit der  
7 Wiedervereinigung haben wir in Europa massiv abgerüstet und von einer  
8 Friedensdividende gelebt.

9 Unser Friedensbegriff hat sich weiterentwickelt und verschließt sich nicht vor  
10 der Notwendigkeit sicherheitspolitischer Unterstützung, wie bei UN-Missionen,  
11 mandatierten Einsätze oder einem Verteidigungsfall. Wir müssen die neue  
12 internationale Bedrohung ernst nehmen und uns dagegen ausreichend absichern. Als  
13 Mitgliedsstaat von NATO und EU muss Deutschland seine Fähigkeiten und seine  
14 Bereitschaft zur Bündnisverteidigung glaubhaft machen, um Frieden auch durch  
15 Abschreckung wirksam sichern zu können. Dazu müssen wir eine starke Resilienz  
16 gegenüber jedweder Bedrohung und Einflussnahme ausbauen und den aktuellen  
17 Rückstand unserer Verteidigungsfähigkeit aufholen. Es braucht eine gut  
18 ausgestattete und ausgebildete Bundeswehr im Rahmen einer deutschen und  
19 europäischen Sicherheitsarchitektur und der NATO. Aber wir brauchen dafür auch  
20 eine leistungsfähige, europäisch koordinierte Rüstungsindustrie.

21 Wir wollen eine Koordinierung der Rüstungsindustrie, um Fähigkeiten zu bündeln,  
22 die Leistungsfähigkeit zu optimieren und die Skalierbarkeit sicherzustellen. In  
23 diesem Rahmen gilt es für den Bedarf der EU-Länder, unserer NATO-Verbündeter und  
24 weiterer Wertepartner\*innen zu entwickeln und zu produzieren.

25 Deutschland steht damit vor einem Paradigmenwechsel im Rüstungsbereich, in dem  
26 der Staat verlässlich die Weichen für Sicherheit und langfristige Planbarkeit  
27 stellen muss. Unsere nationalen Ziele und die der Sicherheits- und  
28 Verteidigungsindustrie (SVI) müssen an die notwendigen sicherheitspolitischen  
29 Aufgaben und Herausforderungen angepasst werden. Dazu müssen wir die Instrumente  
30 der Industrie-, Kooperations- und Exportpolitik aufeinander abstimmen und mit  
31 ausreichenden Mitteln ausstatten. Bis zum Aufbau einer ausreichenden  
32 Verteidigungs- und Abschreckungsfähigkeit können wir dies nur außerhalb der  
33 Schuldenbremse leisten. In Anbetracht der sicherheitspolitischen  
34 Herausforderungen brauchen wir eine Koordinierung, Konsolidierung und Stärkung  
35 der europäischen Rüstungsindustrie. Dieses Ziel kann erreicht werden, wenn wir  
36 die hier aufgeführten benötigten Sicherheitsbedarfe definieren

37 Aufgrund unserer nationalen und gemeinsamen Sicherheit innerhalb der  
38 Bündnispartner ist es notwendig, unsere Rüstungsindustrie durch staatliche und  
39 zwischenstaatliche Maßnahmen besonders zu schützen. Desinformation,  
40 Cyberangriffe, Spionage und Sabotage sind permanente Gefahrenquellen. Die  
41 Herausforderung besteht darin, hybride Bedrohungen frühzeitig zu erkennen und  
42 abzuwehren.

43 Die Rüstungsindustrie kann nicht auf eigene Faust auf Halbe produzieren, deshalb  
44 braucht sie verlässliche politische Entscheidungen. Die jährlichen  
45 Haushaltsverhandlungen bieten den überwiegend privatwirtschaftlich organisierten  
46 Unternehmen der SVI keine Planungssicherheit, um in den Aus- und Aufbau von  
47 Kapazitäten zu investieren. Wir schlagen daher ein Bundeswehrplanungs-/-  
48 finanzierungsgesetz vor, entsprechende Bemühungen auf EU Ebene sowie ggf. den  
49 Abschluss von langfristigen Verträgen.

50 Zur Sicherung der wehrtechnischen Produktion brauchen wir eine an den  
51 sicherheitspolitischen Herausforderungen angepasste strategische Beschaffung.  
52 Dabei muss der Bedarf der ukrainischen Streitkräfte und weiterer Partner\*innen  
53 berücksichtigt werden. In internationalen Konfliktfällen müssen wir regelmäßig  
54 mit gestörten Lieferketten rechnen. Für die Produktion brauchen wir deshalb  
55 innerhalb der NATO und der PESCO (Permanent Structured Cooperation) ein  
56 gemeinsames und krisenfestes Beschaffungssystem, das Rohstoffe und Ressourcen in  
57 ausreichender Menge zur Verfügung stellt und kritische Bauteile auch selber  
58 produziert. Ein Monitoring der Rohstoffe und Ressourcen sollte durch die  
59 Mitgliedsstaaten der EU und waffensystembezogen erfolgen. Diese Daten sollten

60 innerhalb der EU ausgetauscht werden können. Schutz vor Einflussnahmen oder gar  
61 eine Übernahme durch ausländische Akteure sind durch einen koordinierten  
62 Austausch von nachrichtendienstlichen Informationen zwischen den EU-  
63 Mitgliedstaaten zu verbessern.

64 Wir brauchen auch den Erhalt der technologischen Souveränität, die nur durch  
65 Investitionen im Verteidigungsbereich gesichert sind. Gemeinsam mit unseren  
66 europäischen Partner\*innen müssen wir mit der technologischen Forschung und  
67 Entwicklung auf dem internationalen Markt mithalten. Die Förderung eines  
68 innovativen und forschungsorientierten Unternehmensmilieus (Start-ups,  
69 Neugründungen, kleine Unternehmen, universitäre Ausgründungen etc.) muss ein  
70 wichtiges Standbein auch für eine zukunftsfähige SVI sein und ist dringend  
71 kontinuierlich auszustatten. Innerhalb dieses Rahmens kann der Staat bei der  
72 Ausstattung der Bundeswehr auf erprobte Systeme zurückgreifen, die schnell in  
73 großen Stückzahlen produziert werden können. Hier gilt es durch Harmonisierung  
74 und Standardisierung möglichst im Rahmen gemeinsamer Beschaffungen die Kosten zu  
75 senken und gleichzeitig die Interoperabilität zu steigern. Gleichzeitig zu  
76 diesen technologischen Entwicklungen muss Deutschland auch eine führende Rolle  
77 in der Verteidigung und Weiterentwicklung der internationalen  
78 Rüstungskontrollarchitektur einnehmen. Um mit den rasanten technologischen  
79 Entwicklungen der Industrie mithalten zu können, sollte Deutschland hierbei  
80 sowohl technologiebasierte als auch verhaltensbasierte Rüstungskontrolle  
81 vorantreiben.

82 Im Rahmen einer Gemeinsamen Außen- und Sicherheitspolitik(GASP) möchten wir die  
83 EU einbeziehen, die derzeit nur eine begrenzte Rolle bei der Neuordnung des  
84 Rüstungssektors spielt. Sie könnte z.B. Planungsprioritäten der NATO sowie für  
85 die Ukraine definieren oder die Harmonisierung von Anforderungen erleichtern.

86 In internationalen Konfliktfällen kann es zu Versorgungsproblemen kommen.  
87 Deshalb müssen wir auch krisenfeste Vorräte anlegen. Das betrifft  
88 Munitionsbestände, Ersatzteile, Arzneimittel und Medizinprodukte, ggf. auch die  
89 Aufarbeitung alter Waffensysteme. Damit machen wir die europäischen Streitkräfte  
90 organisatorisch und ausrüstungstechnisch kompatibler, um gemeinsam sicherheits-  
91 und verteidigungspolitische Verantwortung zu übernehmen, Fähigkeitslücken zu  
92 schließen und die Handlungsfähigkeit zu erhöhen.

## **Begründung**

Dieser Antrag wurde in der AG Bundeswehr nach der letzten BAG gemeinsam beraten und überarbeitet.

# ANTRAG

*Beschluss der BAG Frieden & Internationales auf der Tagung vom 22. September 2024*

*Antragsteller\*in: Jakob Georg Lindenthal, Winfried Nachtwei*

*Tagesordnungspunkt: TOP 2 Antragsberatungen*

## **A2NEU2: Einsatzbereitschaft und Durchhaltefähigkeit der Bundeswehr sichern**

### **Antragstext**

1 Die globale Sicherheits- und Bedrohungslage ist eine Gefahr für die  
2 demokratischen Staaten weltweit. Deutschland und Europa sehen sich dabei sowohl  
3 konkreten militärischen und hybriden Bedrohungen durch Russland als auch anderen  
4 militärischen Herausforderungen gegenüber. Nur mit glaubwürdiger militärischer  
5 Abschreckung und Verteidigungsbereitschaft im Verbund mit NATO und EU wird  
6 Deutschland sich dieser Bedrohung stellen können.

7 Für die Bundeswehr muss als Zielsetzung gelten, die Landes- und  
8 Bündnisverteidigungsfähigkeit schnellstmöglich zu erreichen,  
9 um den Verfassungsauftrag zu erfüllen. Die Fähigkeiten der Bundeswehr müssen  
10 daher den Verteidigungsplänen der NATO, des darauf aufbauenden Operationsplans  
11 Deutschland sowie auch den weiteren außenpolitischen Anforderungen gemäß der  
12 Nationalen Sicherheitsstrategie qualitativ und quantitativ genügen. Ausrüstung,  
13 Personal und Organisation der Bundeswehr müssen daher robust und vor allem  
14 durchhaltefähig ausgerichtet werden. Die Operationsfähigkeit der Bundeswehr ist  
15 so anzulegen, dass sie die an sie gestellten Aufgaben auch bei verstärkter  
16 europäischer Verantwortung erfüllen kann.

### **Begründung**

Antrag aus der Schreibgruppe der AG Bundeswehr im Anschluss an die Rücküberweisung des Antrags A2 zur Sitzung der BAG Frieden im Mai 2024. Begründung erfolgt mündlich bzw. detailliert zur Änderungsfrist.

# ANTRAG

*Beschluss der BAG Frieden & Internationales auf der Tagung vom 22. September 2024*

*Antragsteller\*in: Jakob Georg Lindenthal, Sava Stomporowski, Hans Guttenthaler,  
Jörn Jakschik, Winfried Nachtwei*

*Tagesordnungspunkt: TOP 2 Antragsberatungen*

## **A3NEU2: Langfristige Ausrichtung und Strategie der Ukraine-Unterstützung absichern**

### **Antragstext**

1 Eine militärische oder diplomatische Niederlage der Ukraine als Ergebnis des  
2 Krieges hätte für die globale Friedensordnung unabsehbare Konsequenzen. Sie  
3 ließe angesichts fehlender Gegenwehr Gewalt als Mittel zur Durchsetzung von  
4 zwischenstaatlichen Interessen als attraktiv und akzeptabel erscheinen.

5 Die Verbündeten der Ukraine sollten die Beschränkungen zum Einsatz der an die  
6 Ukraine gelieferten Waffensysteme aufheben und eine völkerrechtsmäßige  
7 Operationsführung ermöglichen, die wir auch für uns selbst im Verteidigungsfall  
8 in Anspruch nehmen würden.

9 Die Bundesregierung muss neben den fortgesetzten eigenen Unterstützungsmaßnahmen  
10 auch im Kreis der Verbündeten starke Anstrengungen unternehmen, damit diese im  
11 Rahmen ihrer wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit angemessen zur Unterstützung  
12 der Ukraine beitragen.

### **Begründung**

Die letzten zwei Jahre des Angriffskrieges Russlands gegen die Ukraine haben deutlich gezeigt, dass die russische Führung trotz fortwährend offener Gesprächskanäle weder an einer Deeskalation interessiert noch in möglichen Verhandlungen kompromissbereit ist. Ziel der Ukraine und ihrer Verbündeten muss daher ihr Sieg bei ihrem legitimen Verteidigungskampf sein.

Unter dem Gesichtspunkt dieser Bedeutung müssen alle Entscheidungen über die Unterstützung der Ukraine bewertet und umgesetzt werden.

Die Ukraine muss sich auf die Unterstützung ihrer Verbündeten verlassen können. Die wirkungsvolle Selbstverteidigung der Ukraine, der Schutz ihres Territoriums und ihrer Bevölkerung ist im essenziellen strategischen Interesse Deutschlands. Die Durchhaltefähigkeit der Ukraine mit dem Ziel wirksamer militärischer Initiativkraft muss sichergestellt werden. Insbesondere Bundestag und Bundesregierung müssen dieses strategische Interesse gegenüber allen Teilen der Bevölkerung offen und verständlich kommunizieren.

Auch und gerade im Verteidigungskampf der Ukraine entscheidet sich, ob in der internationalen Politik der kommenden Jahrzehnte das Recht des Stärkeren entscheidet oder ob die Gebote des Völkerrechts, insbesondere der UN-Charta, und internationaler Verträge aufrechterhalten werden können.

*Antrag aus einer Schreibgruppe der AG Bundeswehr in der Folge der Rücküberweisung des Antrags A2 aus der Sitzung Mai 2024 der BAG Frieden. Begründung erfolgt mündlich bzw. zur Frist der Änderungsanträge.*

# ANTRAG

*Beschluss der BAG Frieden & Internationales auf der Tagung vom 22. September 2024*

*Antragsteller\*in: Jakob Georg Lindenthal, Sava Stomporowski, Hans Guttenthaler,  
Jörn Jakschik, Winfried Nachtwei*

*Tagesordnungspunkt: TOP 2 Antragsberatungen*

## **A4NEU2: Gesamtgesellschaftliche Resilienz und Verteidigungsfähigkeit stärken**

### **Antragstext**

1     Gemeinsam müssen wir unsere Demokratie wehrhaft machen.

2     Der Blick auf die Verteidigung durch militärische Abschreckung oder  
3     unmittelbaren Waffeneinsatz muss erweitert werden. Die Einsatzbereitschaft der  
4     Bundeswehr und verbündeter Streitkräfte ist eine essentielle Säule der  
5     Verteidigungsfähigkeit. Doch die Stärke und Durchhaltefähigkeit unserer  
6     wehrhaften Demokratie in Zeiten von hybrider Einflussnahme, bei unterschwelligen  
7     Angriffen bis hin zum Verteidigungsfall kann nur durch eine in Gänze  
8     funktionierende gesamtgesellschaftliche Sicherheitsinfrastruktur erreicht  
9     werden. Hierzu sind das Bewusstsein der Gesellschaft, die strukturelle  
10    Ausstattung des Gesamtstaates, der Logistik und Infrastruktur sowie der  
11    Industrie mitsamt Lieferketten von wesentlicher Bedeutung. Neben den  
12    militärischen müssen auch Bedrohungsszenarien aufgrund von hybrider  
13    Kriegsführung wie Desinformation, Sabotage oder gewaltsamer Störung der  
14    öffentlichen Ordnung in die Konzeption der Gesamtverteidigung eingehen.

15    Über die Verbesserung der militärischen Fähigkeiten hinaus muss der Zivilschutz  
16    gestärkt werden. Er muss nach jahrzehntelanger Vernachlässigung wieder  
17    angemessen ausgestattet werden sowohl für die Szenarien der zukünftigen  
18    geopolitischen Lage als auch des Klimawandels und andere Einsatzszenarien wie  
19    z.B. Pandemien. Es kann zur effizienten Ressourcennutzung und Koordination die  
20    Einrichtung einer Zivilschutzagentur nach dem Vorbild Finnlands angestrebt  
21    werden. Im Rahmen einer solchen Reform müssen Entscheidungs- und  
22    Verwaltungsstrukturen auf das Funktionieren im Ernstfall ausgelegt und  
23    strukturelle Dopplungen vermieden werden.

## **Begründung**

Antrag aus der Schreibgruppe der AG Bundeswehr im Anschluss an die Rücküberweisung des Antrags A2 zur Sitzung der BAG Frieden im Mai 2024. Begründung erfolgt mündlich bzw. detailliert zur Änderungsfrist.

# ANTRAG

*Beschluss der BAG Frieden & Internationales auf der Tagung vom 22. September 2024*

*Antragsteller\*in: Jakob Georg Lindenthal, Sava Stomporowski, Hans Guttenthaler,  
Jörn Jakschik, Winfried Nachtwei*

*Tagesordnungspunkt: TOP 2 Antragsberatungen*

## **A5NEU3: Wehrdienstmodell für eine nachhaltig verteidigungsfähige Demokratie**

### **Antragstext**

1 Aufgrund der Bedrohungslage durch die russische Aggression und weitere  
2 geopolitische Verschiebungen müssen daher Maßnahmen zur Aufstockung des  
3 Personalbestandes der Bundeswehr schnellstmöglich in Angriff genommen werden.  
4 Zuallerst gilt es, die Bundeswehr durch bessere Versorgung und Ausstattung zu  
5 einer attraktiveren Arbeitsgeberin zu machen.

6 Dabei muss die Freiwilligkeit bei der Erreichung der Mindestpersonalstärke im  
7 Vordergrund stehen. Zahlreiche, insbesondere junge, Menschen sind zu einem  
8 Dienst bei der Bundeswehr bereit, werden aber gegenwärtig oft durch einen  
9 lückenhaften Rekrutierungsprozess und eine ungenügende Ausgestaltung des  
10 freiwilligen Wehrdienstes abgeschreckt. Hier müssen die Verwaltungsprozesse  
11 agiler gestaltet werden und der Sinn des Dienstes auch in der politischen  
12 Kommunikation mit Blick auf die Landes- und Bündnisverteidigung stärker in den  
13 Vordergrund gerückt werden. Durch eine stärkere Heranführung junger Menschen an  
14 die Bundeswehr wird es möglich sein, die Laufbahnmöglichkeiten attraktiver zu  
15 gestalten und personelle Bedarfe zu decken.

16 Um die für die Auftragserfüllung nach heutigem Stand mindestens notwendige Zahl  
17 von gut 200.000 aktiven Soldat\*innen und 200.000 einsatzfähigen Reservist\*innen  
18 zu erreichen, müssen die Anstrengungen zum Kapazitätsaufbau zügig gesteigert  
19 werden. Flankierend zum freiwilligen Wehrdienst müssen Dienstalternativen  
20 entwickelt werden. Diese sollten jungen Menschen umfangreiches Engagement für  
21 Sicherheit und Zusammenhalt in der Gesellschaft ermöglichen, z.B. im  
22 Rettungsdienst, in der Feuerwehr, im Zivilschutz oder im sozialen Bereich. Für  
23 die Erhöhung der Personalstärke, insbesondere für den Ernstfall, müssen jetzt  
24

25 die erforderlichen Vorbereitungen getroffen und mit Ressourcen hinterlegt  
werden.

26 Für den Ausbau der Reserve und des aktiven Dienstes sind auch unkonventionelle  
27 Maßnahmen in Betracht zu ziehen, wie die Reaktivierung von Ausbilder\*innen aus  
28 dem Ruhestand oder eine improvisierte Unterbringung von freiwilligen  
29 Wehrdienstleistenden.

30 Der Dienst in der Bundeswehr und ihrer Reserve muss auch auf Dauer attraktiv  
31 sein. Hierzu ist beispielsweise die Zahlung eines Grundsoldes bzw. die Gewährung  
32 von Steuervorteilen an einsatzfähige Reservist\*innen abzuwägen, die Möglichkeit  
33 der Anerkennung von Dienstzeiten und Fähigkeiten im Rahmen der Ausbildung und  
34 Studium zu evaluieren, insbesondere aber die Regelmäßigkeit und Qualität von  
35 Übungsangeboten für die Reserve sicherzustellen.

## **Begründung**

Antrag aus der Schreibgruppe der AG Bundeswehr im Anschluss an die Rücküberweisung des Antrags A2 zur Sitzung der BAG Frieden im Mai 2024. Begründung erfolgt mündlich bzw. detailliert zur Änderungsfrist.

# ANTRAG

*Beschluss der BAG Frieden & Internationales auf der Tagung vom 22. September 2024*

*Antragsteller\*in: Sava Stomporowski*

*Tagesordnungspunkt: TOP 2 Antragsberatungen*

## **A7NEU: Lithium in Serbien und in der Republika Srpska - Bosnien und Herzegowina**

### **Antragstext**

1 Im serbischen Jadartal und sowie in Vares, der der Entität der Republika Srpska  
2 von Bosnien und Herzegowina befindet sich ein großes zusammenhängendes Vorkommen  
3 von Lithium. Im Jadar-Tal beträgt die Kapazität 58.000 Tonnen Lithiumcarbonat  
4 pro Jahr, was für eine Million E-Autos reichen würde. Serbien könnte einen  
5 wichtigen Beitrag dazu leisten, den Kontinent von Lithium-Importen, die von  
6 entscheidender Bedeutung für die Energiewende sind, unabhängiger zu machen.  
7

8 Der Abbau im Tagebau und die Weiterverarbeitung Seltener Erden bergen Risiken  
9 für Mensch und Natur, sodass es Sorgen vor Umweltschäden sowie Auswirkungen auf  
10 die Gesundheit mit großen Protestbewegungen in beiden Ländern gibt. Viele  
11 Betroffene fürchten eine Verseuchung des Grundwassers oder der Flüsse sowie der  
12 Flora und Fauna. Auch wird in den Regionen Landwirtschaft, wie Obst- oder  
13 Gemüseanbau betrieben. In der Bevölkerung beider Staaten gibt es daher jeweils  
14 große Protestbewegungen und Umweltschutzinitiativen.

15 Die Sorgen sind vor dem Hintergrund berechtigt, dass in Serbien das Stahlwerk in  
16 Smederevo, die Minen in Bor und Majdanpek oder das Reifenwerk in Zrenjanin ohne  
17 Auflagen arbeiten können. Arbeits- und Umweltstandards werden nicht eingehalten,  
18 nicht einmal die serbischen, da z.B. chinesische Arbeiter rechtlos angeheuert  
19 und unter unmenschlichen Bedingungen untergebracht werden. Die Luftverschmutzung  
20 liegt über den zugelassenen Werten. In Zrenjanin kann man das Trinkwasser nicht  
21 mehr nutzen, da es gesundheitsschädlich ist. Studien aus Bor zeigen, dass die  
22 Lebenserwartung zehn Jahre unter dem serbischen Durchschnitt liegt und ein  
23 Viertel der Bevölkerung unter Krankheiten leidet, die direkt mit der Mine  
24 zusammenhängen (vgl. Florian Bieber, "Pulverfass Balkan", S. 201).

25 Die Entscheidung, ob Lithium oder seltene Erden in Staaten abgebaut werden,

26 obliegt den jeweiligen Staaten. Die Europäische Union hat jedoch wiederholt ihr  
27 Interesse an den Lithiumvorkommen bekundet und Bundeskanzler Olaf Scholz sowie  
28 der Vizepräsident der Europäischen Union für Energie haben mittlerweile ein  
29 Abkommen über den Abbau von Lithiumvorkommen unterzeichnet.

30 Ein wichtiger Aspekt des Ausbaus der erneuerbaren Energien ist, dass wir uns in  
31 Deutschland sowie in der EU von Autokraten unabhängig machen wollen, die fossile  
32 Energien exportieren. Leider stehen die erforderlichen Ressourcen in  
33 demokratischen Staaten nicht ausreichend zur Verfügung. Daher können wir in der  
34 Energiepolitik nur eine Strategie der Diversifizierung, nicht aber der  
35 kompletten Unabhängigkeit von Autokratien fahren.

36  
37 Auch der politische Aspekt der antieuropäischen Stimmung in Serbien ist zu  
38 berücksichtigen. Das interessengeleitete Paktieren mit dem Regime schadet dem  
39 Vertrauen in die EU und Deutschland weiter und wirft einen dunklen Schatten auf  
40 die Idee einer wertebasierten Außen- und Wirtschaftspolitik. Es schwächt damit  
41 auch die Position der pro-europäischen politischen Kräfte in Serbien,  
42 einschließlich der Zeleno-levi front als Kandidatin für die Mitgliedschaft in  
43 der Europäischen Grünen Partei.

44 Als Grüne setzen wir uns daher dafür ein, dass mögliche Fördergelder für den  
45 Lithiumabbau nur bei transparenten Verfahren unter fairer Anhörung und  
46 Beteiligung der betroffenen Bürger\*innen, unter Ausschluss von Korruption und  
47 strengen Vergabeprüfungen sowie unter strengen Umweltstandards zum Schutz der  
48 Natur und des Grundwassers sowie Gesundheit der Bevölkerung zugelassen werden.  
49 Giftige Stoffe dürfen nicht in die Flüsse, das Grundwasser und den Boden gelangt  
50 oder die Gesundheit von Menschen belasten. Als Grundlage sollte die Berner  
51 Konvention dienen - kein Abbau in geschützten Gebieten.

52  
53 Zugleich sollten wir im Rahmen der EU auf Serbiens Umweltschutz- und  
54 Klimapolitik einwirken, um die Umwelt- und Gesundheitsbelastung generell zu  
55 senken, die jeweiligen Schutzstandards an strenge Normen anzupassen und  
56 einzuhalten sowie bisherige Altlasten abzubauen.

57 Angesichts des Fehlens von Institutionen, die die Überwachung und Einhaltung von  
58 Umweltstandards in Serbien garantieren, bestehen wir gleichzeitig konsequent auf  
59 die Durchsetzung von Rechtsstaatlichkeit und Transparenz der Institutionen in  
60 Serbien.

# ANTRAG

*Beschluss der BAG Frieden & Internationales auf der Tagung vom 22. September 2024*

*Antragsteller\*in: Sava Stomporowski*

*Tagesordnungspunkt: TOP 2 Antragsberatungen*

## **A8NEU: Minderheiten-Politik auf dem Westbalkan: Einflussnahme von Nachbarstaaten mit Unterstützung von Russland unterbinden**

### **Antragstext**

1 In der Granada-Erklärung des Europäischen Rates vom Oktober 2023 haben Albanien,  
2 Nordmazedonien, Bosnien und Herzegowina, Moldau, Georgien und die Ukraine eine  
3 Eröffnung der Beitrittsverhandlungen mit Kandidatenstatus erhalten. Der  
4 Erweiterungsprozess wurde nach dem russischen Vollangriff auf die Ukraine als  
5 geostrategische Notwendigkeit betont. Als BAG Frieden und Internationales  
6 begrüßen wir diese Entscheidung, um eine starke, demokratische und geeinte  
7 Europäische Union zu schaffen und Europa gegen russische und chinesische  
8 Einflussnahme zu stärken. Wir wollen diesen Erweiterungsprozess fördern und  
9 zugleich institutionelle Reformen der EU beschließen. Damit die Erweiterung  
10 gelingt, muss eine Demokratisierung und Stabilisierung der Region vorangetrieben  
11 und der russische Einfluss zurückgedrängt werden.

12 Auf dem Westbalkan leben Menschen unterschiedlicher nationaler, ethnischer oder  
13 religiöser Identität. Während sie in einem Staat bzw. einer Region die ethnische  
14 Mehrheit bilden, sind sie in einer anderen in der Minderheit. Diese Minderheiten  
15 werden nicht selten von den Nachbarstaaten und unter Unterstützung von Russland  
16 für ihre politischen Interessen instrumentalisiert. Das zeigt zum einen, welche  
17 Herausforderungen entstehen, wenn das Selbstbestimmungsrecht auf die  
18 territoriale Integrität von Staaten trifft, und zum anderen, dass Russland einen  
19 destabilisierenden Einfluss auf den Westbalkan gegen eine Aufnahme in die  
20 Europäische Union ausübt.

### **Zwei Sicherheitsmandate**

22 Die Region ist nur scheinbar stabil und von einer Assoziation in die EU sind  
23 Serbien, Bosnien und Herzegowina (BiH) oder der Kosovo noch lange entfernt. Gäbe

24 es kein internationales Mandat, das eine bewaffnete Auseinandersetzung  
25 verhindert, könnte ein Krieg auf dem Kosovo oder in BiH ausbrechen. Deshalb  
26 müssen die UN-Mandate zur Friedenssicherung in Bosnien und Herzegowina sowie im  
27 Kosovo weiterhin gesichert und verstärkt und bei Bedarf schnell ausgeweitet  
28 werden.

## 29 **Politische Schlussfolgerungen**

30 Es wird deutlich, dass der Schutz von Minderheitenrechten und die Förderung von  
31 Versöhnung und Integration entscheidend für langfristigen Frieden und Stabilität  
32 in multiethnischen Gesellschaften sind. Die internationale Gemeinschaft muss  
33 weiterhin eine aktive Rolle spielen, um diese Ziele zu erreichen und die  
34 Prinzipien des Völkerrechts zu wahren. Die Region braucht kompetente Hilfe,  
35 wobei die EU durch Nachgiebigkeit und Fehleinschätzungen die wahren Probleme  
36 nicht löst. Es braucht eine nachhaltige diplomatische Offensive seitens der EU,  
37 um auf dem Westbalkan eine demokratische und sichere Perspektive zu  
38 gewährleisten.

39 Für eine dauerhafte Stabilisierung müssen wir die Wiederherstellung und den  
40 Erhalt der multiethnischen Staaten, die Anwendung des Selbstbestimmungsrechts  
41 und das Prinzip der Unantastbarkeit der Grenzen immer wieder als zentralen Punkt  
42 herausstellen.

43 In BiH müssen die komplizierten regionalen Wahlen und ihre Verwaltungsstruktur  
44 vereinfacht werden. Selbstbestimmte staatliche und demokratische  
45 Verfassungsreformen sind erforderlich, um die Blockaden innerhalb des Staates zu  
46 überwinden. Ausgewiesene Verfassungsexpert\*innen und Völkerrechtler\*innen können  
47 für die jeweiligen Staaten Reformen vorschlagen, die allen ihren Bürger\*innen  
48 gleiche Rechte und Teilhabe ohne Diskriminierung gewähren. Umgekehrt gilt es,  
49 Verhältnisse wie Dayton oder Minsk in anderen Regionen, wie Montenegro oder  
50 Nordmazedonien, zu verhindern.

51 Serbien und Kroatien sowie alle weiteren EU-Staaten müssen dazu verpflichtet  
52 werden, jegliche Ansprüche und hegemonialen Einmischungen in Nachbarstaat zu  
53 unterlassen.

54 Einflussnahmen auf Minderheiten durch Nachbarstaaten lassen sich als hybride  
55 Kriegsführung ansehen und als mahnendes Beispiel mit den angeblichen  
56 Sezessionisten im Donbas vergleichen. Ziel jener Kräfte ist, politische  
57 Entscheidungen auf staatlicher Ebene zu blockieren oder eine Sezession zu  
58 erreichen. Diese Praktiken dienen bei betroffenen EU-Beitrittskandidaten dazu,  
59 sowohl den Aufnahmeprozess zu blockieren und die Europäische Union zu schwächen.  
60 Da sezessionistische Interessen eine fortschrittliche Entwicklung blockieren,  
61 können Initiativen aus dem Inneren nicht erfolgreich sein. Dabei werden

62 Menschen, die einer Minderheit angehören, instrumentalisiert, die sich in  
63 gewaltsame Spannungen entladen können. Wir möchten diese Instrumentalisierung  
64 als Methode der Destabilisierung bewusstmachen, damit besonders der russische  
65 Einfluss, meist in Verbindung mit alten kommunistischen Sicherheitsapparaten  
66 deutlich wird.

67 Wir müssen gemeinsam gegen Desinformation und hybride Angriffe vorgehen, um eine  
68 Beeinflussung der Mitglieder und der Beitrittskandidaten zu verhindern und  
69 Kriterien der Beitrittskandidaten in Richtung Demokratie, Rechtsstaatlichkeit  
70 und einer gemeinsamen europäischen Zukunft stärken. Unabhängige Medien müssen  
71 nach journalistischen Standards gestärkt und soziale Medien vor einseitigen  
72 Machteinflüssen und manipulativen Eingriffen geschützt werden.

73 Wir unterstützen einen selbstbestimmten, aber auch inklusiven Ansatz, der  
74 jegliche Diskriminierung vermeidet und die vollen politischen Rechte aller  
75 Bürger\*innen in einem Staat ermöglicht und ihnen ihre Rechte als Minderheit in  
76 Bezug auf ihre Sprache und Kultur gewährleistet, da den Beitrittskandidaten die  
77 Aufnahme in die EU sonst verwehrt bleibt.

78 Nur wenn diese hybriden Methoden zur Destabilisierung erkannt werden und Einhalt  
79 geboten wird, kann sich eine echte Demokratisierung entwickeln und ein  
80 demokratischeres Zusammenwachsen über die Ethnien hinaus ermöglicht werden.

81 Grundlage einer künftigen Westbalkanpolitik der EU und der Bundesrepublik sollte  
82 sein:

- 83 1. Das allgemeine Völkerrecht und das Prinzip der staatlichen Souveränität
- 84 2. Eine klare Absage an die völkischen Ideologien (Propagierung von  
85 Kollektivrechten), die zu den Balkankriegen geführt haben und nun eine  
86 Neubelebung der Agenden vorantreiben (Srpski Svet/Kroatische Entität u.a.)
- 87 3. Die Implementierung europäischen Rechts (EGMR Urteile zu Bosnien)
- 88 4. Die Implementierung demokratischer Grundprinzipien ohne Kompromisse
- 89 5. Die Promovierung des Bürger\*innenprinzips (als Gegenmodell zum völkisch  
90 basierten Ethnonationalismus)
- 91 6. Eine strategische Partnerschaft mit demokratischen Kräften, mit  
92 Menschenrechts- und Umweltaktivist\*innen, die die Gesellschaften des

- 93 Westbalkan in eine demokratische Zukunft führen wollen
- 94 7. Eine Berücksichtigung der Opferseite (etwa Opfer sex. Gewalt der  
95 Balkankriege und ihrer Kinder, Srebrenica-Überlebende etc). Vielfach sind  
96 sie neuerlich den Tätern ausgesetzt, da diese wieder oder noch immer in  
97 der Politik aktiv sind.
- 98 8. Eine Stärkung der Sicherheitslage von Rückkehrern (etwa in der Republika  
99 Srpska)
- 100 9. Eine klare Absage an alle revanchistischen Tendenzen in der Region  
101 (Greater-Power-Ansätze und Einflussnahmen seitens Belgrad, Tirana,  
102 Zagreb).

## Begründung

### Die Minderheiten-Politik in den jeweiligen Staaten

Die folgende Skizzierung der politischen Entwicklung in mehreren Balkanstaaten zeigt, wie sehr die Region unter einer Einnischung durch Nachbarstaaten sowie Russland in Bezug auf die jeweiligen Minderheiten leidet und destabilisiert wird.

In **Nordmazedonien** werden politische Selbstbestimmungsrechte für die dort lebenden Minderheiten gefordert. Bulgarien blockiert den Beitritt Nordmazedoniens aufgrund der bulgarischen Minderheit, gewährt aber seiner nordmazedonischen Minderheit nicht die Rechte, die es vom Beitrittskandidaten einfordert. Diese Vetopraxis hat den Erweiterungsprozess Nordmazedoniens unnötig in die Länge gezogen und lässt sich auf russische Einflussnahme zurückführen, die die alten DS-Netzwerke (DS - Darshawna sigurnost) im Außenministerium und im Beraterkreis des Präsidenten beeinflussen. Auch die bulgarischen nationalistischen Parteien, die den Konflikt ständig anheizen, in denen viele alte Kader der Staatssicherheit sind bedienen im Streit mit Nordmazedonien strategische Interessen Russlands auf dem Balkan.[\[1\]](#)

Die Beitrittsprozesse dürfen nicht unnötig durch die bisherige Vetopraxis blockiert werden, besonders, wenn sie nur nationalistische Interessen bedienen und auf Interessen beruhen, die einer Aufnahme grundsätzlich nicht entgegenstehen.

**Montenegro** ist als bisher prowestliches und proeuropäisches Westbalkan-Land durch Einflussnahme zunehmend gespalten und steht an einem Scheideweg. Der seit Herbst 2023 amtierende montenegrinische Premierminister Miloško Spajic vom Bündnis Europa Jetzt (PES) wird aktuell von einer Koalition proserbischer und prorussischer Parteien getragen, darunter Andrija Mandić, Neue Serbische Demokratie (NSD), und Milan Knežević mit der Demokratischen Volkspartei Montenegros (DNP). Diese erklärten Putin-Anhänger sprechen sich indirekt gegen Montenegros 2006 ausgerufene Unabhängigkeit von Serbien aus und lehnen die EU-Integration wie auch die seit 2017 bestehende NATO-Mitgliedschaft des Landes ab. Sie plädieren für eine

enge Anbindung Montenegros an Serbien, sind gegen Kosovo als unabhängigen Staat und leugnen den Völkermord von Srebrenica. Sie und ihre Parteien stellen damit alles in Frage, was zur Staatsräson und Identität Montenegros gehört. Serbische Nationalisten fordern die Verfassung in eine Ethno-Föderation der beiden größten Ethnien, der Montenegriner und der Serben, umzuwandeln, ähnlich wie in Bosnien und Herzegowina.

Es liegt an der EU und der Kommission, die liberalen und proeuropäischen Akteure sowie die Zivilgesellschaft so zu unterstützen, um die Entwicklung aktiv voranzubringen. Trotz der Schwierigkeiten müssen wir diesen klaren Willen signalisieren, die europäische Integration sowie die Zusammenarbeit mit der EU gemeinsam gestalten.

**Serbien.** Im April 2013 kam es zur Unterzeichnung des Brüsseler Abkommens und Serbien erhielt begann 2014 EU-Beitrittsverhandlungen. Trotz des langjährigen Kandidatenstatus Serbiens stagniert der Aufnahmeprozess, vor allem aufgrund russischer Einflussnahme und nationalistischer bzw. ethnischer Spannungen. Die serbische Regierung schürt Unruhen durch Boykott von Kommunalwahlen, einem Truppenaufmarsch an der Grenze zum Kosovo sowie bewaffneten terroristischen Überfall gegen Kosovo in Banjska. Gleichzeitig fördern nationalistische Kräfte in der Republika Srpska und Montenegro den Zusammenschluss aller Serben unter dem Begriff der „Serbischen Welt.“

Die EU-Gespräche zur Verbesserung der Beziehung zwischen Serbien und Anerkennung des Kosovo sind gescheitert, trotzdem profitiert Serbien weiterhin von EU-Fördermitteln und wirtschaftlichen Beziehungen. Eine schnelle Integration in die EU ist für den serbischen Präsidenten Vucic nicht so wichtig, weshalb Konditionen als politischer Ansatz zum Scheitern verurteilt ist. Um seinen Kurs zu bestärken, orientiert sich Alexander Vucic an Russland und China. Als EU-Beitrittskandidat ist eine Aufnahme in die BRICS-Staaten unvereinbar und muss zurückgewiesen werden.

Serbische Oppositionsparteien sind geschwächt und von demokratischen Wahlen ist Serbien weit entfernt. Wahlen waren im Dezember 2023 irregulär, blieben aber trotz Wiederholung und erneuter Irregularitäten auf lokaler Ebene ohne Folgen. Hier muss die EU verstärkt die Einhaltung demokratischer Standards einfordern. Gute Arbeitsplätze werden nur an Mitglieder der SNS, der Regierungspartei, vergeben. Diese Praxis muss durch die EU-Kommission abgeschafft werden.

**Kosovo.** Seit dem Ende des Krieges zwischen Kosovo und Serbien und der Unabhängigkeitserklärung Kosovos 2008 bleibt der Konflikt ungelöst und hat sich mit dem russischen Angriff auf die Ukraine nach leichten Fortschritten durch mehrere gewalttätige Ereignisse, wie die Ausschreitungen gegen die KFOR-Truppen, den Truppenaufmarsch an der Grenze zum Kosovo oder den serbischen Terroranschlag auf Banjska, wieder verschärft. Serbien betrachtet den Kosovo weiterhin als Teil seines Territoriums und beruft sich auf die historische Bedeutung des Kosovo für das serbische Nationalbewusstsein. Unterstützt wird diese Position von Ländern wie Russland, China und fünf EU-Mitgliedsstaaten, die die Unabhängigkeit Kosovos als völkerrechtswidrig ansehen und das Selbstbestimmungsrecht der Völker aus innenpolitischen Gründen ablehnen. Ein Dialog zur Normalisierung der Beziehungen zwischen Kosovo und Serbien, der eng mit der regionalen EU-Integrationsstrategie verknüpft ist, wird seit 2011 durch die EU vermittelt.

Kosovo unterzeichnete 2015 ein Stabilisierungs- und Assoziierungsabkommen mit der EU. Serbien und Kosovo vereinbarten die Polizei- und Justizstrukturen im überwiegend von Kosovo-Serben bewohnten Nordkosovo in die kosovarischen Strukturen zu integrieren. Während die Integration der kosovo-serbischen

Polizei voranschritt, wurden die ersten kosovo-serbischen Richter und Staatsanwälte erst 2017 im Nordkosovo vereidigt. Den serbischen Gemeinden im Nordkosovo wurde weitgehende Autonomie zugesprochen, doch der Konflikt zwischen der kosovarischen Regierung und den Serben im Norden bleibt ungelöst. Im Süden Kosovos hingegen zeigt die hohe Wahlbeteiligung, dass sich immer mehr Kosovo-Serben mit den Behörden in Pristina arrangieren, auch wenn sie die Unabhängigkeit weiterhin ablehnen.

2023 verhängte die EU Sanktionen gegen Kosovo nachdem Ministerpräsident Albin Kurti im Konflikt um den Nordkosovo eine harte Linie verfolgte. Nach einem Wahlboykott der Serben hat Kurti die durch die verbliebenen Stimmen der Kosovaren gewählten Bürgermeister in ihr Amt einziehen lassen, legitimiert durch Gerichtsurteile und begleitet durch Polizeieinsätze. Daraufhin kam es seitens der Serben zu Angriffen auf die lokalen Repräsentanten und auf KFOR-Truppen, die bei den Angriffen zu Hilfe gerufen wurden. Bei den Gewaltausschreitungen wirkten von Serbien unterstützte Schlägertrupps mit. Die Sanktionen umfassen das Aussetzen finanzieller Unterstützung, die Absage hochrangiger Treffen und die mögliche Aussetzung des Stabilisierungs- und Assoziierungsabkommens mit der EU. Trotz dieser Maßnahmen bleibt Kurti bei seiner Strategie, was den Konflikt weiter verschärft. Die EU sowie die USA fordern, dass Kurti seine Spezialpolizei abzieht und Neuwahlen in den vier serbisch dominierten Gemeinden organisiert.

Die harten Strafmaßnahmen sind gegenüber den gewaltsamen serbischen Übergriffen unverhältnismäßig. Die Fokussierung auf Belgrad als "Garant für Stabilität" auf dem Balkan muss revidiert werden, insbesondere angesichts der destabilisierenden Rolle von Aleksander Vučić.

Wir unterstützen die Aufnahme Kosovos in den Europarat, um die Minderheitenrechte zu stärken. Die Sanktionen gegen Kosovo, die nach den gewaltsamen serbischen Unruhen bei der Einsetzung der Bürgermeister verhängt wurden, sollten aufgehoben werden. Der serbische Präsident hat wiederholt Spannungen im Kosovo geschürt und sogar Terroranschläge unterstützt, was ein Ende der einseitigen Sanktionierungspolitik erfordert.

**Bosnien und Herzegowina.** Die ethnische Zementierung und Diskriminierung in Bosnien und Herzegowina (BiH) ist ein großes Problem, das durch den Friedensvertrag von Dayton nach Beendigung des Krieges zementiert wurde. Dayton hat zwar weitere kriegerische Auseinandersetzungen beendet und garantiert den Erhalt des Staates von Bosnien und Herzegowina. Kritisch betrachtet, hat Dayton den Konflikt jedoch lediglich eingefroren und die ethnische Teilung in der Verfassung von Bosnien und Herzegowina verankert, in welcher nur drei staatstragende Ethnien in den zwei Entitäten mit Selbstbestimmungsrechten aufgeführt sind. Andere Bürger\*innen werden zu „sonstigen Gruppen“ marginalisiert und ihrer politischen Rechte beraubt. Es sind ca. 400.000 Bürger\*innen, die nicht zu den staatstragenden Ethnien zählen oder sich nicht dazu bekennen möchten, serbisch, kroatisch oder bosnisch zu sein. Aber auch die politischen Rechte einer staatstragenden Ethnie sind in der jeweils anderen Entität eingeschränkt.

In diesem Kontext hat die EU aber auch die Bundesregierung verstärkt auf die Implementierung der Grundsatzurteile des Europäischen Gerichtshofes für Menschenrechte (EGMR) hinzuwirken. Diese Urteile (unter anderem in den Fällen Sejdic/Finci Zornic, Pliv, Kovacevic) haben allesamt bestätigt, dass die derzeitige Verfassungsordnung (Daytoner Friedensvertrag) und die Dominanz Diskriminierung etwa von Juden, Roma und anderen Minderheiten (andere "ostali") nicht mit europäischem Recht vereinbar ist.

Der Oberste Hohe Repräsentant (OHR) hat die Aufgabe den Frieden in BiH zu bewahren und darf seine Befugnisse für eine Demokratisierung der gesamtstaatlichen Strukturen einsetzen.

Der Präsident der Entität **Republika Srpska**, Miloran Dodik, strebt trotz großer Autonomie- und Selbstbestimmungsrechte eine Sezession. Er leugnet den Völkermord in Srebrenica und begeht jährlich er die Parade zum "Tag der Republika Srpska", der rechtlich illegal ist und an die versuchte Abspaltung der Serben und den Kriegsbeginn 1992 erinnert. Er bewirkt immer wieder Spannungen gegen den Staat BiH. Immer wieder werden von ihm gegenüber dem OHR sowie der Daytoner Verfassungsordnung eine ablehnende Haltung geäußert. Unter dem ideologischen Begriff „Serbische Welt“ strebt er unter Führung von Belgrad einen revisionistischen Zusammenschluss aller Serben auf dem Westbalkan an. Dies wird von Russland unterstützt, um eine EU-Aufnahme zu verhindern und die Region zu destabilisieren.

Parallel dazu werden in der **bosnischen Herzegowina** radikal-völkische Rufe nach einer eigenen Entität durch den HDZ-BIH Politiker Dragan Covic stärker. Auch hier werden revisionistische Kriegsziele aus den 1990er Jahren reaktiviert, die eine positive Entwicklung sowie eine zügige EU-Integration verhindern sollen. Unterstützung finden diese Destabilisierungen durch das EU-Mitglied Kroatien, das die völkische Politik von Ex-Präsident Franjo Tudjman neu belebt und weitreichenden Einflussnahmen in das politische System Bosniens vorantreibt. Dabei geht es immer wieder auch um das seitens Kroatiens ventilierten falschen Narratives, dass die kroatische Bevölkerungsgruppe in Bosnien benachteiligt sei, die de facto in vielerlei Hinsicht überrepräsentiert ist.

Wir fordern, feindlichen ethnisch-nationalistischen Kräften entschieden entgegenzutreten. Der OHR kann dabei seine Bonn Power nutzen und in BiH jenen Gegnern einer liberalen und demokratischen Entwicklung entschieden entgegentreten.

[1]<https://www.dw.com/de/gef%C3%A4hrliche-seilschaften-geheimdienst-netzwerke-und-russischer-einfluss-in-bulgarien/a-63633755>

# ANTRAG

*Beschluss der BAG Frieden & Internationales auf der Tagung vom 22. September 2024*

*Antragsteller\*in: david baltzer*

*Tagesordnungspunkt: TOP 2 Antragsberatungen*

## **A9NEU: Nichtmilitärisches Konfliktmanagement im Nahen Osten stärken**

### **Antragstext**

1 Wir ermutigen die Bundestags- und Europafraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, die  
2 Parteiführung und das Auswärtige Amt erneut nach Wegen zum Frieden im Nahen  
3 Osten zu suchen, die ein Ende der Gewalt und ein Leben in Selbstbestimmung und  
4 Würde auf der Grundlage von lebenswerten Grundbedingungen ermöglicht. Wir danken  
5 insbesondere Annalena Baerbock für den Ausdruck unserer Solidarität mit dem  
6 Staat Israel und ihre unermüdlichen Bemühungen für nachhaltige positive Ansätze  
7 und Antworten auf die aktuelle Krise. Neben dem Drängen auf die Freilassung  
8 aller Geiseln, die Einstellung terroristischer und unterschiedsloser (Raketen-  
9 und Drohnen-)Angriffe auf Israel sowie die effektive Umsetzung der VN Resolution  
10 1701, sollte jedoch neben der Unterstützung der defensiven  
11 Verteidigungsfähigkeit Israels auch auf die folgenden Ansätze gedrängt werden:

- 12 - die Einsetzung eines sofortigen Waffenstillstandes in Gaza, der das  
13 fortgesetzte Sterben der Zivilgesellschaft und die fortschreitende Zerstörung  
14 der Infrastruktur beendet,
- 15 - die Ausschöpfung der vollen Kapazitäten vorhandener Landzugänge für eine für  
16 die Zivilbevölkerung auskömmliche humanitäre Hilfe und ggf. internationale  
17 Unterstützung zur Sicherung,
- 18 - Unterstützung Ägyptens und Jordaniens in der Grenzsicherung,
- 19 - Beendigung der illegalen Landnahme Israels im Westjordanland sowie  
20 Verurteilung von radikalen Aktionen der Siedlerbewegung gegen die  
21 palästinensische Zivilbevölkerung,

- 22 - Reduzierung israelischer Operationen im Westjordanland und signifikante  
23 Stärkung der palästinensischen Sicherheitskräfte bei gleichzeitiger  
24 Inverantwortungnahme für das Zurückdrängen terroristischer Elemente und  
25 Schmuggelaktivitäten,
- 26 - Stärkere Rücksichtnahme auf Zivilist:innen, einschließlich Presse und zivile  
27 Helfer:innen in allen Operationsgebieten und wirkungsvolle rechtliche  
28 Aufarbeitung von Vergehen und Entschädigung der Opfer,
- 29 - die Rückkehr aller Binnenvertriebener seit dem 7. Oktober 2023 in Israel,  
30 Libanon und den palästinensischen Gebieten zu ermöglichen,
- 31 - um eine diplomatische Lösung und erste Schritte zu einem nachhaltigen Frieden  
32 nicht zu gefährden gilt es, die Verhandlungsbemühungen für einen  
33 Waffenstillstand nicht weiter zu unterminieren,
- 34 - weiterhin zu prüfen, ob eine Anerkennung eines Staates Palästina hilft, den  
35 Friedensprozess konstruktiv zu fördern, insbesondere als Signal an die  
36 palästinensische Seite, dass ihre Interessen gesehen werden,
- 37 - verstärkt friedensorientierte Akteure der Zivilgesellschaft in der Region zu  
38 stärken, insbesondere auch im Iran.
- 39 Wir begrüßen, dass es bisher zu keinem regionalen Krieg gekommen ist und wir  
40 hoffen, auf eine weitere umfassende militärische Zurückhaltung aller  
41 Konfliktparteien, damit der Korridor für diplomatische Bemühungen nicht kleiner  
42 wird. Wir begrüßen die EU Sanktionen gegen Akteure aller Konfliktparteien,  
43 einschließlich der Bestrebungen gegen radikale Minister der jetzigen  
44 israelischen Regierung vorzugehen. Wir halten eine Zurückhaltung der deutschen  
45 Regierung zu Fragen der Verfahren des internationalen Gerichtshofes für  
46 notwendig.

## **Begründung**

Dieser Antrag basiert auf dem Beschluss zu Nahost der letzten BDK unter Einbeziehung des letzten Antrages der BAG Frieden in dieser Angelegenheit. Die Krise hat sich seitdem allerdings stetig weiter verstärkt, so dass wir energischen Druck auf die jetzige israelische Regierung für nötig halten. Wir sehen die äussert schwierige Situation von Israel, nach den Massakern vom 7. Oktober 2023 durch die Hamas das Staatsgebiet von Israel und das Leben seiner Bewohner:Innen erfolgreich zu schützen. Die letzten Jahrzehnte haben jedoch gezeigt, dass die Eskalationsspirale sich immer weiter dreht und die Gefahr eines grossen Nahostkrieges weiter steigt, wie auch die Verärtung in beiden Zivilgesellschaften die Fähigkeit für

eine Friedenslösung immer weiter vermindert. Wir können nicht erkennen, dass die jetzige israelische Regierung in der Lage ist und Willens, Wege des Friedens zu gehen, die nicht auf Dauer zu Lasten der palästinenschen Bevölkerung gehen. Wir möchten die Handelnden von Bündnis 90 / Die Grünen ermutigen, sich weiterhin energisch für die demokratische israelische Zivilgesellschaft einzusetzen, den jetzt handelnden Regierenden soweit es geht die Unterstützung zu entziehen und diejenigen Kräfte der palästinensischen Zivilgesellschaft zu stärken, die selber unermüdlich für Frieden und Selbstbestimmung arbeiten und für eine freie Gesellschaft aller in Nahost aktiv sind.

# ANTRAG

*Beschluss der BAG Frieden & Internationales auf der Tagung vom 22. September 2024*

*Antragsteller\*in: Karl Koch*

*Tagesordnungspunkt: TOP 2 Antragsberatungen*

## **A10NEU: Selbstverteidigung der Ukraine unterstützen, diplomatische Initiativen zur Beendigung des Krieges vorantreiben**

### **Antragstext**

1 Der Angriff Russlands auf die Ukraine ist völkerrechtswidrig und durch nichts zu  
2 rechtfertigen. Die Ukraine befindet sich in einer Notwehrsituation. Wir sind  
3 solidarisch mit den Menschen in der Ukraine und stehen zur rechtlich erlaubten  
4 und politisch gebotenen Unterstützung der Ukraine bei ihrer Selbstverteidigung.  
5 Ebenso, aus einer universellen Haltung zum Schutz jeden einzelnen Lebens,  
6 unterstützen wir jeden, der gegen seinen Willen zum Kriegsdienst eingezogen  
7 wird. Kriegsdienstverweigerung und Desertation sind Menschenrechte, die von  
8 beiden Seiten zu achten und zu schützen sind. In einem laufenden Konflikt sollte  
9 Kriegsdienstverweigerung auch als Asylgrund für Menschen aus der Ukraine,  
10 Belarus und Russland anerkannt werden.

11 Wir kritisieren jedoch die Kurzsichtigkeit der konzeptionslosen westlichen  
12 Bündnisstaaten, die durch das Fehlen jeder eigenen und rechtzeitigen Initiative  
13 angesichts der Barbarei des Krieges dessen festgefahrenes und perspektivloses  
14 Andauern mitverantworten. Wir begrüßen die neueste Entwicklung, auf Grundlage  
15 der Istanbuler Beratungen zügig in Friedensverhandlungen einzutreten.  
16 Beunruhigend ist, wie unkritisch bisher die militärische Logik in der  
17 öffentlichen Diskussion, im Parlament und in den Medien dominiert hat. Mit  
18 ständig erhöhten Waffenlieferungen wird der Krieg nur verlängert und das damit  
19 verbundene Leid auf beiden Seiten vergrößert. Die Gefahr einer Ausweitung, im  
20 worst case bis zur atomaren Eskalation, wächst mit jedem Tag der Kriegsführung  
21 weiter.

22 Dringend nötig ist eine Folgeabschätzung, eine Diskussion der möglichen  
23 Szenarien, wohin vor allem militärische Unterstützung führen kann. Dass dies  
24 unter Kriegsbedingungen schwierig ist, ist uns klar.

25 Gebrauchte werden – dringender denn je – diplomatische Initiativen für ein  
26 schnellstmögliches Ende der Kampfhandlungen und für einen dauerhaften Frieden  
27 mit Russland, der auch den ukrainischen Forderungen genügt.

28 Mit der von Bundeskanzler Scholz in Washington ohne jegliche demokratische  
29 Rückendeckung „genehmigten“ Raketen- und Marschflugkörperstationierung wird die  
30 Sicherheitslage in Deutschland und Mitteleuropa verschlechtert, nicht  
31 verbessert, und die Spannungen weiter erhöht. Das Aufstellen neuer  
32 Mittelstreckenraketen, das Schließen tatsächlicher oder angeblicher  
33 Fähigkeitslücken sind nicht geeignet, die aktuellen Spannungen abzubauen.  
34 **Wir unterstützen aktuell vernehmbare Stimmen für mehr Diplomatie zur Beendigung**  
35 **des Krieges gegen die Ukraine (u.a. von Bundeskanzler Scholz im Sommerinterview**  
36 **2024 mit dem ZDF). Wir befürworten ebenso verstärkte Anstrengungen auf**  
37 **internationaler Ebene, unter Beteiligung der Konfliktparteien Wege zu einer**  
38 **friedlichen Lösung zu entwickeln. Wir fordern die Bundesregierung, die Grüne**  
39 **Fraktion und die Grüne Partei auf, sich an der Suche nach realisierbaren Wegen**  
40 **für einen Verhandlungsfrieden und für Entspannung und Abrüstung intensiv zu**  
41 **beteiligen und einen offenen Diskurs zu führen, welche Wege jenseits**  
42 **militärischer Logik zum Frieden führen könnten.**

## **Begründung**

Folgt mündlich